

Tagesordnung I Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 15.12.2006

Vorlage Nr. 06-F-25-0048

Gewaltprävention

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 05.12.2006 -

Vorbemerkung

Die Stadtverordnetenversammlung beobachtet mit Sorge Vorfälle von „auffälligen“ und gewaltbereiten Jugendlichen in Wiesbaden.

Gewaltvideos und pornographische Videos auf Handys von Schüler/innen und Jugendlichen stellen ein neues, schwer kontrollierbares Medium für jugendgefährdende Einflüsse dar. Solche modernen Ausprägungsformen der Gewalt stellen neue und komplexe Anforderungen an Lehrerinnen und Lehrer sowie an die schulische und außerschulische Präventionsarbeit. Ziel ist es, Jugendlichen frühzeitig Wege zu einem positiven Selbstwertgefühl zu vermitteln, um Aggression und Gewalt als Reaktionen auf Konflikte von vornherein auszuschließen. Die Stadtverordnetenversammlung weiß um das vielseitige und vorbildliche Engagement der Wiesbadener Schulen und Ihres Lehrpersonals im Bereich der Gewaltprävention – auch mit Unterstützung der AG Jaguar – und will diese in ihrer Arbeit unterstützen.

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den Einsatz des Stadtelternbeirats für Präventionsarbeit gegen Gewalt an Schulen, wie auf einer Informationsveranstaltung Ende November 2006 dargestellt.

Eingedenk dieser Vorbemerkungen wolle die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

1. Der Ausschusses für Schule und Kultur führt in Verbindung mit dem deutschen Präventionstag, der 2007 in Wiesbaden tagt, eine Werkstatt mit den Leiterinnen und Leitern der Wiesbadener Schulen und externen Experten aus dem Bereich der Gewaltprävention durch.
Die Werkstatt soll den Wiesbadener Schulen eine Plattform bieten, ihre Projekte zur Gewaltprävention und die damit verbundenen Erfolge und Hindernisse vorzustellen, sowie den Erfahrungsaustausch der Schulen untereinander und mit externen Experten fördern.

Der Magistrat wird gebeten,

2. zu berichten, welche außerschulischen Konfliktmanagement-Projekte für Jugendliche es in der Stadt Wiesbaden bereits gibt;
3. hierauf aufbauend und an Hand der Erfahrungen in anderen Kommunen (u. a. Heidelberg) spezifisch für die Landeshauptstadt Wiesbaden ein Konfliktmanagement-Projekt zu konzipieren (inklusive Ermittlung des Finanzbedarfs), welches sowohl auf Jugendliche als auch auf Lehrer, Polizeikräfte und Sozialarbeiter ausgerichtet ist;
4. da ein Zusammenhang zwischen schulischem Versagen, der daraus resultierenden Perspektivlosigkeit und gewalttätigem Verhalten nachgewiesen ist, Konzepte zu entwickeln, bzw. aufzugreifen und umzusetzen, die dieser Gewaltursache entgegenwirken.

Beschluss Nr. 0658

Der gemeinsame Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 05.12.2006 betr.

Gewaltprävention

wird angenommen.

1. Dem Vorsitzenden des Ausschusses für Schule und Kultur mit der Bitte um weitere Veranlassung Wiesbaden, .12.2006
2. Dem Magistrat mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dieser Beschluss ist in das Beschlussmanagement aufgenommen.

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16-

Wiesbaden, .12.2006

1. Dezernat I/40 i.V. m. Dezernat VI mit der Bitte um weitere Veranlassung
2. Abdruck:
Dezernat VI mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl
Oberbürgermeister